



THEMA DER AUSGABE: **DIE BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN UND IHRE NACHBARN**

SOE-MONITOR

TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

ZENTRUM

FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG

**JAHRGANG 1
NR. 2
APRIL
2001**

Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Eine Reise von tausend Meilen beginnt mit dem ersten Schritt.“ Der Weg mag noch so weit und steinig sein, doch die ersten Schritte hat die neue demokratisch gewählte Führung in Belgrad bereits gemacht. Ebenso ist das Ziel der Reise für Belgrad klar gesteckt - die Reintegration des neuen Jugoslawien in die internationale Gemeinschaft, der Wiederaufbau des Landes und seine Heranführung an Europa. Dies, so gab der neue serbische Ministerpräsident *Zoran Djindjic* kürzlich ZEI-Direktor *Prof. Dr. Ludger Kühnhardt* und *Dr. Emil Mintchev* in Belgrad zu verstehen, ist ohne Finanzhilfen der internationalen Geber und ohne politische Kooperationsbereitschaft nicht denkbar. Von daher erklären sich manche Entscheidungen wie die Verhaftung *Milosevics*, die Freilassung der kosovo-albanischen Häftlinge oder auch das eingeleitete Verfahren gegen serbische Soldaten wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen im Kosovo.

Die neue Führung in Belgrad steht vor der gewaltigen Aufgabe, in kürzester Zeit enorme Erwartungen der eigenen Bevölkerung zu erfüllen: vor allem eine baldige substanzielle Verbesserung des Lebensstandards - auch wenn es realistisch eher um die Verhinderung eines weiteren Absinkens des Lebensstandards geht - und ein Ende der Korruption und der Kriminalität. Hinzu kommt die Zukunft der Bundesrepublik Jugoslawien selbst, die mit dem künftigen Status von Montenegro und vom Kosovo verknüpft ist, viele Energiender neuen Führung konsumiert und dabei nicht einmal primär in ihrer Hand liegt - ein Knäuel kaum

entwirrbarer Probleme. Wie lange dabei das breite *Anti-Milosevic*-Bündnis hält, ist offen.

Hinzukommen die Erwartungen der internationalen Gemeinschaft, deren Zielbestimmung in manchen Punkten kaum mit Belgradspolitischen Prioritäten übereinstimmt oder sogar damit konfligiert. Dies hat vor allem mit dem Stichwort *Aufarbeitung der Vergangenheit* zu tun. Es geht dabei nicht einfach um moralische Wiedergutmachung. Es geht um die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit durch eine grundlegende Reform der Justiz, um eine personelle Erneuerung der Administration auf allen Ebenen und um eine gründliche Neubewertung der eigenen nationalen Geschichte, nicht nur der letzten Dekade. Ohne eine solche Neubewertung wird die nachwachsende Generation mit alten Schulbüchern und Lehrplänen im alten Geist erzogen - mit fataler Langzeitwirkung für die junge Demokratie im Land. Der Bundesrepublik Deutschland konnte nach 1945 von den Besatzungsmächten eine solche Aufarbeitung der Vergangenheit verordnet werden; in Serbien liegen die Dinge anders.

Dennoch hat Belgrad zweifelsohne bereits viel erreicht: die Aufnahme in wichtige internationale Organisationen wie die VN oder die OSZE, die Normalisierung der Beziehungen zu wichtigen Nachbarn, die ersten umfangreichen Finanzhilfen durch die USA und die EU. Eine internationale Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Landes ist geplant. Eine Rückkehr zu alten Verhältnissen, auch in neuem Gewande, kann niemand wollen. Die Art, wie die neue Belgrader Führung die Presevo-Krise wie die Statusfra-

ge Montenegros behandelt, zeugt von einem neuen Geist in Belgrad, der dem internationalen Interesse an Stabilität in der Region entgegenkommt.

Die Themen sind also mannigfaltig, die sich für eine Ausgabe des *SOE-Monitor* über die Bundesrepublik Jugoslawien anbieten. Die Redaktion hat sich entschlossen, den Schwerpunkt dieser Ausgabe auf Jugoslawien und seine Nachbarn zu legen - mit Beiträgen von Außenminister *Goran Svilanovic* und einer Erwiderung von *Mladen Stanicic* (IMO, Zagreb), dazu Beiträge über Mazedonien (*Emil Mintchev*), Montenegro (*Patrick Moore*) und Kosovo (*Rafael Biermann*) sowie eine Analyse der aktuellen Wirtschaftslage in der BRJ (*Maria Ivanova*). Am Schluss berichtet die Task Force dieses Mal über ihre Aktivitäten in Bulgarien und Kroatien. Alle Übersetzungen stammen von der Redaktion.

*Dr. Rafael Biermann
Dr. Emil Mintchev*

INHALT

Goran Svilanovic:
Ein Brief aus Belgrad

Mladen Stanicic:
Kroatien - Serbien

Patrick Moore:
Die Zukunft Montenegros

Emil Mintchev:
Erfolgsmodell Mazedonien?

Rafael Biermann:
Stimmungsumschwung im Kosovo

Maria Ivanova:
Jugoslawiens Wirtschaft

Der *SOE-Monitor* druckt an dieser Stelle Beiträge von Außen- und Europaministern und anderen hochrangigen Politikern ab, die exklusiv für den *SOE-Monitor* geschrieben sind. Wir setzen die Serie heute mit einem Beitrag des jugoslawischen Außenministers, Goran Svilanovic, fort.

Ein Brief aus Belgrad

Liebe Freunde,

Ich freue mich über die Gelegenheit, diese Zeilen dem *SOE-Monitor* zukommen zu lassen, einer neuen Publikation



des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, die einen weiteren wertvollen Beitrag des ZEI zur Analyse der Prozesse der europäischen Integration leistet.

Was in Jugoslawien seit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom September 2000 vorstatten geht, ist nicht einfach ein Regierungswechsel. Vielmehr haben diese Ereignisse fundamentale Veränderungen ausgelöst: die Etablierung einer wirklich demokratischen Regierung und die Einführung substantieller ökonomischer Reformen. Es scheint mir, dass die jugoslawische wie auch die internationale Öffentlichkeit die Reichweite der Veränderungen in Jugoslawien noch nicht voll realisiert haben. Nicht nur befindet sich *Milosevic* im Gefängnis, zusammen mit praktisch allen Personen des Sicherheitsapparates, die sein System der Unterdrückung organisiert haben; zudem ist eine Reihe von Reformen, wie etwa eine Steuerreform, auf dem Wege. Niemals zuvor haben die Menschen in Serbien und Montenegro so viele Freiheiten genossen - die Medien sind völlig frei, der NGO-Sektor floriert, die staatlichen Angestellten sind einer bisher nicht da gewesenen öffentlichen Kontrolle ausgesetzt.

Unsere Aufgabe ist es nun, die Jahre der Isolation und der ökonomischen Zerstörung aufzuholen. Die Herausforderung des Übergangs ist umso schwerer, als Jugoslawien zudem mit den Krisen in Südserbien und im Kosovo, und auch mit

der Statusfrage Montenegros befasst ist. Die Antwort der neuen Regierung auf diese Herausforderungen steht in starkem Kontrast zur Politik des alten Regimes. In Bezug auf Montenegro hat die jugoslawische wie die serbische Regierung betont, dass der Wille des Volkes respektiert wird, auch wenn das die Unabhängigkeit bedeutet - vorausgesetzt, dies geschieht in Übereinstimmung mit den Prozeduren der montenegrinischen Verfassung und in einem demokratischen Umfeld, in dem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Wahlen geachtet werden. Dem Problem der terroristischen Gewalt in Südserbien wird mit einem umfassenden Plan begegnet, der auf die Reintegration der albanischen Gemeinschaft, auf die Schaffung einer ethnisch gemischten Polizei und auf die ökonomische Entwicklung der Region abzielt, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Im Kosovo ist es unser Ziel, in Kooperation mit UNMIK zur Schaffung einer Situation beizutragen, in der alle ethnischen Gruppen Sicherheit genießen und friedlich zusammenleben können.

Eine der Prioritäten der neuen Regierung ist die Wiedereingliederung des Landes in die internationale Gemeinschaft. Jugoslawien wurde bereits in die Vereinten Nationen aufgenommen und in eine Reihe anderer internationaler Organisationen, etwa die OSZE. Der Aufnahmeprozess in den Europarat hat begonnen. Eine weitere Priorität liegt in der Herstellung guter Beziehungen zu unseren Nachbarn. Jugoslawien und Bosnien und Herzegowina haben inzwischen diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die jugoslawische Regierung hat wiederholt ihre Unterstützung für das Abkommen von Dayton/Paris und für die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina hervorgehoben. Die diplomatischen Beziehungen zu Albanien wurden wiederhergestellt, ebenso zu Slowenien. Mit Mazedonien wurde ein Grenzvertrag abgeschlossen, nach nur wenigen Verhandlungsmonaten (im Kontrast zu den Jahren der Verzögerung unter *Milosevic*). Was Kroatien betrifft, bin ich allerdings noch nicht zufrieden mit dem Ausmaß der Kooperation. Sie geht langsamer als erwartet voran, trotz

des großen Interesses der Wirtschaft auf beiden Seiten.

Politische Stabilität in Südosteuropa ist von enormer Bedeutung für die Geschwindigkeit der Reformen in Jugoslawien. Zwei Optionen stehen offen: weitere Desintegration oder Stabilisierung der gegenwärtigen Situation. Weitere Desintegration führt zu Instabilität. Sie hält unsere Völker in Atem mit Fragen der Staatlichkeit und Nationalität, während politische Stabilisierung und ökonomische Entwicklung aufgeschoben werden, bis diese Fragen geklärt sind. Die andere Option will die weitere Desintegration stoppen und sich auf die wirklichen Fragen konzentrieren - den Wiederaufbau, die Stärkung der Demokratie, die Integration in Europa.

Die wichtigste Ursache für die Desintegration ist der ethnische Nationalismus, der seine Stärke wie seine Rechtfertigung vor allem aus der Unsicherheit der Minderheiten zieht. Die Lösung, die er bietet, ist einfach: Nur wenn eine Minderheit ihren eigenen Staat hat, wird sie „sicher“ vor anderen sein. Wie jedoch die letzte Dekade gelehrt hat, führt diese Lösung zu immer neuen Konflikten und Instabilität.

Die Frage der Unsicherheit der Minderheiten ist dennoch ein Anliegen, das angegangen werden muss. Meiner Meinung nach müssen alle Staaten Südosteuropas an einem institutionalisierten Prozess teilnehmen, der erstens darauf abzielt, die bestehenden Grenzen zu garantieren, und zweitens substantielle Minderheitenrechte schafft, die den Minderheiten ein Gefühl der Sicherheit vermitteln.

Mit der Ankunft der Demokratie haben alle Völker Südosteuropas eine goldene Gelegenheit, den Weg in Richtung Wohlstand und Integration in die europäischen Strukturen einzuschlagen. Bei weiterer Desintegration und Instabilität allerdings könnten wir diese Gelegenheit vergeben. Ich denke, dass sich niemand - mit Sicherheit niemand in Jugoslawien - das leisten kann.

Goran Svilanovic
Außenminister
der Bundesrepublik Jugoslawien

Kroatien – Serbien: Kooperation nur im Rahmen von EU- und NATO-Erweiterung

Auch wenn *Slobodan Milosevic* nicht mehr im Amt ist: Die meisten offiziellen Stellen in Kroatien, aber auch in der kroatischen Öffentlichkeit insgesamt glauben, dass sich nur sehr wenig bisher in Serbien geändert hat. Die anti-westlichen Stellungnahmen Präsident *Kostunicas*, sein Flirten mit der Republica Srpska in Bosnien und Herzegowina, seine offene Feindschaft gegenüber dem Haager Tribunal, seine Versuche, die serbische Aggression gegen Slowenien, Kroatien und Bosnien und Herzegowina zu relativieren – dies alles wird in Kroatien als Beweis dafür angesehen, dass die Idee eines Großserbiens noch nicht tot ist und nur auf eine erneute Gelegenheit der Wiedererstehung wartet.

Wer allerdings häufigeren Kontakt mit einigen Repräsentanten der neuen serbischen Administration hat, kann feststellen, dass einigen Serben, besonders Intellektuellen, durchaus bewusst ist, dass ein radikaler Bruch mit der *Milosevic*-Hinterlassenschaft eine definitive Absage an die Idee eines Großserbiens voraussetzt. Auch wenn es vom kollektiven Bewusstsein zumindest eines Teils der serbischen Bevölkerung abhängt, so wird die Zahl derer wachsen, die sich dieser Realität stellen und allmählich anerkennen, dass in Zeiten der Demokratisierung und Globalisierung nationalistische Ideen nicht mehr die kleinste Chance haben.

Deshalb wird die künftige Entwicklung der BRJ, eingeschlossen die Beziehungen Kroatiens zur BRJ, weniger von der Zeit abhängen, die dieses Land bis zur Verwirklichung einer solchen Katharsis benötigt, als von der Zeit, welche die internationale Gemeinschaft braucht, um diese Logik zu verstehen und eine klare Politik zu formulieren, die Serbien – zusammen mit dem übrigen Südosteuropa – in eine Zone der Stabilität und Sicherheit hineinführt, mit der Perspektive der Erweiterung der Europäischen Union auch in diesen Raum. Derzeit herrscht noch eine Wankelmütigkeit und Zögerlichkeit vor, die an die Situation des zerfallenden Jugoslawien in den frühen 1990er Jahren erinnert. Jugoslawien befindet sich in einem Zustand der Desintegration, was Teile der internationalen Gemeinschaft offensichtlich nicht begreifen. Man versucht, Jugoslawien um alles in der Welt zusammenzuhalten. Dies jedoch absorbiert nur Zeit und Energie und gefährdet oder zumindest verzögert den Aufbau einer tragfähigen Sicherheitszone in Südosteuropa.

Einige Mitglieder der internationalen Gemeinschaft halten noch immer an der Per-

zeption fest, dass Serbien der wichtigste Faktor der Stabilität in diesem Teil der Welt sei. Sie übersehen dabei, dass die Dekade der *Milosevic*-Herrschaft die geopolitische Lage in der Region grundlegend verändert hat. Die Ergebnisse der *Badinter*-Kommission, nämlich dass sich das frühere Jugoslawien selbst aufgelöst hat und dass alle seine ehemaligen Republiken autonome Entitäten im Rahmen des Völkerrechts werden können, haben der Perception von Serbien als dem Anker der Stabilität in der Region ein Ende gesetzt.

Allein Montenegro hat bisher sein Recht auf Souveränität noch nicht wahrgenommen. Niemand wird Montenegro daran hindern können, dieses Recht in Anspruch zu nehmen, sollten sich die Montenegriner im kommenden Referendum dafür entscheiden – auch nicht Druck auf Präsident *Djukanovic*, ihn nach Den Haag zu bringen, denn dies würde die gesamte Idee einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen und des Aufbaus einer Stabilitätszone in der Region mit einem Schlag zunichte machen.

Eine solche Zone jedoch kann ohne ein wirklich demokratisches Serbien nicht errichtet werden. Wenn die internationale Gemeinschaft weiterhin die serbische Obstruktion des Haager Tribunals toleriert, wird es kein demokratisches Jugoslawien geben, ist doch die Verfolgung von Kriegsverbrechen durch das Tribunal die Hauptvoraussetzung für die Demokratisierung in jedem der Länder der Region. Sollte Serbien Montenegro freigeben und dabei seine Probleme in der Vojvodina und im Sandzak ebenso wie das Protektorat im Kosovo behalten, würde auch dies Serbien davon abhalten, als Hauptfaktor der Stabilität in der Region zu agieren, wie dies manche wünschen.

Die wichtigste Voraussetzung und der Rahmen für eine künftige Kooperation zwischen Kroatien und Serbien bleibt somit die Osterweiterung der EU, mit dem Ziel des Aufbaus einer langfristigen Stabilitätszone in der Region. Da eine solche Zone nicht entstehen kann, wenn nicht alle Staatendarindemokratisch sind, wird Kroatien in jeglicher Weise die Kooperation mit einem wirklich demokratischen Serbien suchen. Dafür jedoch muss dieses Land eine sehr spezifische Katharsis durchleben. Das schließt eine sofortige Auslieferung aller wegen Kriegsverbrechen Angeklagter nach Den Haag ein, ebenso eine realistische Einschätzung der eigenen Verantwortung für die Aggression gegen drei Nachbarstaaten, die wirkliche Aner-

kennung der Grenzen aller Nachbarstaaten, besonders von Bosnien und Herzegowina und Mazedonien, sowie das Recht Montenegros auf Unabhängigkeit. Mit einem solchen Land könnte Kroatien sofort – im Rahmen eines breiteren regionalen Sicherheitsarrangements – einen sehr hohen Grad formeller, institutionalisierter Beziehungen aufbauen.

Allerdings scheint Serbien noch sehr weit davon entfernt zu sein, nicht zuletzt wegen der wechselhaften Politik der internationalen Gemeinschaft. Dies lässt Kroatien nur die Möglichkeit gradueller, sogar einseitiger Schritte in den bilateralen Beziehungen. Die größten Fortschritte lassen sich wohl in der wirtschaftlichen Kooperation erreichen, eher als in institutionalisierten Beziehungen wie etwa der unrealistischen Idee einer regionalen Zollunion. So lange die internationale Gemeinschaft doppelte Standards in der Kooperation mit Den Haag anlegt, wird auch Kroatien unweigerlich Vorbehalte gegen diese Kooperation an den Tag legen, um so mehr als das Tribunal als eine Art Testfall für die Errichtung eines Permanenten Internationalen Gerichtshofes gesehen wird und somit nach dem Prinzip „trial and error“

Die Zukunft Jugoslawiens steht auch im Zentrum der Ausgabe „Balkan - quo vadis“ der Internationalen Politik, Nr. 3, März 2001.

vorangeht. Es scheint angemessen, dass Kroatien weiterhin eng und ernsthaft mit dem Haager Tribunal kooperiert, gleichzeitig jedoch dessen Mängel offen anspricht.

In einem weiteren regionalen Kontext muss Kroatien auf sicheren Grenzen für Bosnien und Herzegowina bestehen und dabei permanent auf die kritischen Auswirkungen verweisen, die sich aus der Tolerierung des Sonderstatus der Republica Srpska ergeben. Wenn das Referendum in Montenegro eine Mehrheit für die Unabhängigkeit ergibt, sollte Kroatien dieses Land sofort als eine unabhängige Entität unter dem Völkerrecht anerkennen. Auf diese Weise kann Kroatien am besten nicht nur zu größerer regionaler Stabilität, sondern auch zur Demokratisierung der Beziehungen in der Region im Rahmen der Demokratisierung der internationalen Beziehungen insgesamt beitragen.

Dr. Mladen Stancic
Direktor des IMO, Zagreb

Der Ball liegt im Feld Belgrads

Die montenegrinischen Parlamentswahlen vom 22. April signalisieren, dass die ethnisch montenegrinische Wählerschaft fast gleichmäßig zwischen den Befürwortern



einer Unabhängigkeit und den Befürwortern einer weiteren Bindung an Belgrad gespalten ist. Da Präsident *Milo Djukanovic* die von ihm gewünschte markante Unterstützung für die Unabhängigkeit nicht erhalten hat, konzentriert sich die Aufmerksamkeit nun darauf, was die Belgrader Führung Montenegro anbieten wird, um im gemeinsamen Staat zu bleiben.

Die Parlamentswahlen haben *Djukanovic*s Koalition „Der Sieg gehört Montenegro“ eine weniger als zwei prozentige Führung gegenüber ihrem Rivalen „Gemeinsam für Jugoslawien“ gegeben. *Djukanovic* wird eine Mehrheitsregierung nur mit Hilfe der oftmals sehr entschieden auftretenden Liberalen und der ethnisch-albanischen Deputierten bilden können.

Ein Punkt auf der Agenda des neuen Parlaments wird sein, ein Referendum über die Unabhängigkeit anzuberaumen und die Regeln für diesen Urnengang festzulegen. *Djukanovic* dürfte jedoch nun in keiner großen Eile sein, in dieser Frage voranzugehen. Da die Umfragen andeuteten, er würde in den Parlamentswahlen viel besser als im Referendum abschneiden, scheinen die Chancen eines Erfolgs beim Referendum weniger deutlich als noch vor den Wahlen vom 22. April.

Die Umfragen über das Referendum deuten ebenfalls an, dass die genaue Wortwahl und die Optionen über Erfolg und Scheitern entscheiden könnten. Welche Optionen Montenegro nun jedoch hat, mit oder ohne Referendum, hängt wesentlich davon ab, was Belgrad anbietet bereit ist. Die Krux des Problems war bisher, dass *Djukanovic* auf voller Gleichberechtigung zweier unabhängiger Staaten besteht, die auf dieser Basis dann gemeinsame Institutionen für einen gemeinsamen Staat bilden. Kein serbischer Politiker jedoch kann voller Gleichberechtigung zustimmen, ist das Verhältnis von Serben zu Montenegrinern

doch etwa zehn zu eins. Der serbische Ministerpräsident *Zoran Djindjic* sagte im übrigen kürzlich, wenn Montenegro die Unabhängigkeit wolle, solle es sich diese Unabhängigkeit doch nehmen, nicht jedoch erwarten, irgendwelche Sonderbeziehungen zu Serbien aufzubauen.

In der Tat hat sich *Djukanovic* nicht immer klar darüber geäußert, welche Arrangements er bereit ist mit Belgrad zu akzeptieren – wenn überhaupt welche –, um den gemeinsamen Staat zu bewahren. In den letzten Monaten hat er vielmehr zunehmend das Ziel der Unabhängigkeit hervorgehoben. Zeitweilig hat die montenegrinische Führung versichert, sie würde einer gemeinsamen Außenpolitik zustimmen, doch Podgorica besteht auch darauf, dass Serbien und Montenegro zunächst international anerkannt werden und ihre eigenen Sitze in den Vereinten Nationen erhalten. *Djindjic* und andere haben dies als unakzeptabel zurückgewiesen. Podgorica hat auch von der Möglichkeit einer gemeinsamen Armee gesprochen, dies jedoch eine Reihe derartiger Bedingungen geknüpft, dass Montenegro letztlich seine eigene nationale Armee mit eigenem Oberkommando haben würde. Was die Finanzen betrifft, kann es keine ernsthaften Gespräche über irgendwelche gemeinsamen finanziellen Arrangements geben, so lange Serbien den Dinar und Montenegro die D-Mark nutzt.

Unter den Bedingungen einer fast gleichmäßigen Teilung der montenegrinischen Wählerschaft, was das uralte Dilemma ihrer Beziehungen zu Serbien anbelangt, scheint nun die Zeit für ein kreatives, staatsmännisches Angebot aus Belgrad gekommen. Viele Politiker in der serbischen Hauptstadt haben den Besuchern erzählt, dass die regionale Stabilität und Serbiens Prosperität die Einheit von Serbien und Montenegro verlangt. Nun scheint eine Situation herangereift, in der die serbischen Führer zeigen können, was sie den montenegrinischen Wählern anbieten können, zu eigenen Gunsten. Die Umstände rufen nach einem positiven und versöhnlichen Ansatz. Versuche, *Djukanovic* zu demütigen, könnten sich für Belgrad als kontraproduktiv erweisen, was die montenegrinische Wählerschaft anbelangt. Das gleiche gilt für Versuche, eine Atmosphäre der Angst zu schüren, wie es der jugoslawische Präsident *Vojislav Kostunica* in den letzten Wochen mit seinen Andeutungen getan hat, eine Unabhängigkeit Montenegros würde zu einer Welle möglicherweise gewaltsa-

mer Versuche führen, neue Kleinstaaten in der ganzen Region zu etablieren.

Diese Bemerkungen dienen vor allem dazu, die Sympathie der internationalen Gemeinschaft zu gewinnen, die so etwas wie eine Phobie entwickelt hat, was die Entstehung neuer Staaten in der Region anbelangt – obwohl Montenegro auf eine sehr alte Tradition eigener Staatlichkeit zurückblicken kann und als Republik des weiter zerfallenden Jugoslawien genauso wie Slowenien, Kroatien, Bosnien und Mazedonien oder auch Serbien ein Recht auf Unabhängigkeit hat. Ohnehin hat die überwältigende Mehrheit der Kosovo-Albaner bereits klar gestellt, dass sie nichts mehr mit Belgrad zu tun haben will, egal was in Montenegro passiert.

Unmittelbar nach den Wahlen vom 22. April deuteten einige Beobachter an, es sei Zeit, die jüngsten Bemerkungen darüber fallenzulassen, alle „Hebel“ gegenüber der montenegrinischen Führung zu nutzen, um diese von „übereilten“ Schritten in die Unabhängigkeit abzuhalten. Stattdessen solle man sich darauf konzentrieren, Belgrad und Podgorica auf seriöse Verhandlungen über die Zukunft einzustimmen. Londons ‚Financial Times‘ zitiert einen ungenannten EU-Diplomaten mit der Bemerkung, dass „wir wirklich so neutral wie möglich sein sollten. Wir können es uns nicht leisten, dass die Ergebnisse dieser Wahlen separatistische Ansprüche in der Region entfachen. Es liegt nun bei *Kostunica* zu wählen, welche Karte er spielt.“

Patrick Moore
Radio Free Europe/Radio Liberty

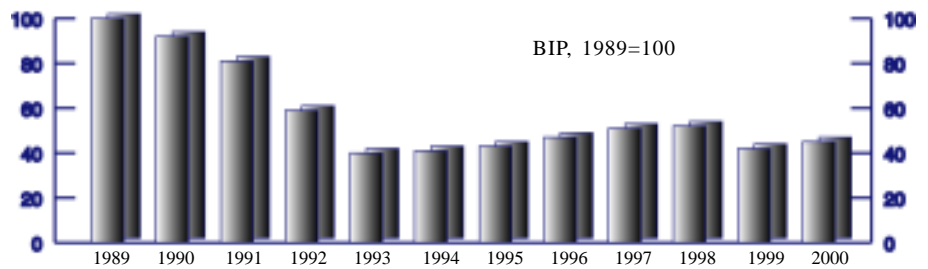
(gleichzeitiger Abdruck im Balkan Report
von RFE/RL)

Die bisherigen offiziellen Verhandlungsplattformen beider Seiten sind abgedruckt im Europe South East Monitor Nr. 19 des CEPS unter <http://www.ceps.be>. Eine weiterführende Analyse hat die International Crisis Group am 28. März 2001 veröffentlicht unter <http://www.crisisweb.org>.

Jugoslawiens Wirtschaft: Kein Aufschwung in Sicht

Die ersten Anzeichen einer fundamentalen Krise der jugoslawischen Wirtschaft, die dem Krieg vorausging, machten sich bereits in den 1980er Jahren bemerkbar. Äußerlich schien zu dieser Zeit Jugoslawien, zumindest im Vergleich zum übrigen Südosteuropa, ein blühendes Land zu sein. Der Hauptverdienst dafür wurde Staatschef *Titos* zugeschrieben. *Titogelanges*, in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg aus der raffinierten Schaukelpolitik zwischen Ost und West eine schier unversiegbare Geldquelle für sein Land zu machen. Dazu kamen die marktwirtschaftlichen Reformen, wenn auch nur im Rahmen des Konzepts des „dritten Weges“. Dennoch waren zu Beginn der 1980er Jahre die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und das Ansteigen der Auslandsschulden nicht mehr zu übersehen. Die Strukturreform, deren erste Phase kurz vor dem Tod *Titos* im Jahr 1980 startete, führte kaum zur erhofften Ankurbelung der Wirtschaft. Von 1980 bis 1987 sank das industrielle Wachstum auf 2,8 Prozent, von 1987 bis 1988 auf Null und 1990 auf -10,6 Prozent. Infolge der misslungenen Strukturreformen und der Auslandsschulden erreichte die Inflationsrate 1989 bereits 1200 Prozent. Die Talfahrt der jugoslawischen Wirtschaft war bereits voll im Gange.

Die Bilanz heute: Nach zehn Jahren Mißwirtschaft und internationaler Isolation unter *Slobodan Milosevic* sowie drei inzwischen geführter Kriege gehört Jugoslawien zu den ärmsten Ländern Europas. Die unsystematischen Reformversuche in den 1990er Jahren konnten den wirtschaftlichen Abschwung kaum rückgängig machen. Im Gegenteil, dieser wurde durch die Verhängung der Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft gegen Serbien - von 1992 bis 1995 und von 1998 bis 2000 - zusätzlich beschleunigt. Auch die NATO-Angriffe im März 1999 haben zu diesem Abschwung beigetragen, indem sie die Infrastruktur des Landes weitgehend lahmlegten. Nach zehn Jahren ohne nennenswerte Investitionen war die Industrie



Quelle: IWF

jedoch zu dieser Zeit bereits ruiniert. Die NATO-Luftangriffe führten zur physischen Zerstörung von Fabriken, die eher technischen Museen als Industrieanlagen ähnelten. Das jugoslawische Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug bereits vor dem Kosovo-Krieg nur noch bescheidene 10 Mrd. Dollar, nach 31 Mrd. Dollar 1987.

Nach Ansicht der meisten Experten befindet sich die Föderation zur Zeit am Rande des Bankrottes. Die internationale Isolation führte zum Zusammenbruch des Außenhandels. Die Auslandsverschuldung beträgt schätzungsweise zwischen 12 und 15 Mrd. Dollar. Da Jugoslawien seit der Verhängung der UNO-Sanktionen 1992 jegliche Informationen über seine Auslandsschulden verweigerte, lässt sich der genaue Betrag in Ermangelung offizieller statistischer Daten kaum berechnen. Die Staatsschulden im Inland werden auf 17,4 Mrd. Dollar geschätzt. Damit hat der öffentliche Schuldenberg den Wert des gesamten BIP des vergangenen Jahres erreicht. Die offizielle Arbeitslosenrate lag im Dezember 2000 bei 27 Prozent, obwohl die meisten noch arbeitenden Betriebe personell überbesetzt sind. Die Inflationsrate wird derzeit auf 30 Prozent veranschlagt.

Eine weitere außerordentliche Belastung für die Bevölkerung von Serbien und Montenegro ist das drastische Absinken des Lebensstandards. Nur die Existenz einer umfassenden Schattenwirtschaft, die die Größe der offiziellen Wirtschaft längst übersteigt, ermöglicht es der Bevölkerung,

sich angesichts stetig steigender Lebensunterhaltskosten ein Existenzminimum zu sichern. Die sozialen Kosten einer Bekämpfung der Schattenwirtschaft wären zum jetzigen Zeitpunkt schlicht untragbar.

Im Dezember 2000 fand die Wiederaufnahme Jugoslawiens in den Internationalen Währungsfonds statt. Das Land erhielt neue Kredite in Höhe von 151 Mio. Dollar. Die Einführung des freien Wechselkurses des jugoslawischen Dinar - dies gehörte zu den vom IWF gestellten Bedingungen - kam zu Beginn des Jahres 2001 zustande. Das Abkommen mit dem IWF wird sich zweifelsohne positiv auf die Kreditwürdigkeit Jugoslawiens aus der Sicht der ausländischen Kreditgeber und der internationalen Finanzinstitutionen auswirken. Allerdings ist die unvermeidbare Rückzahlung der Schulden eine weitere Belastung für das überstrapazierte jugoslawische Budget.

Die wichtigsten Aufgaben, die nun vor der neuen jugoslawischen Regierung stehen, betreffen den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten wie auch die Sanierung der noch vorhandenen Infrastruktur und die Einleitung einer entschiedenen Reformpolitik, die eine makroökonomische Stabilisierung des Landes erlaubt.

Auch wenn der politische Wille für die Verwirklichung dieser Ziele vorhanden wäre, ist deren Realisierung ohne finanzielle Unterstützung durch das Ausland undenkbar. Eine Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens sieht vor, daß unter der ziemlich optimistischen Annahme einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 5 Prozent jährlich Jugoslawien erst im Jahre 2013 wieder das Produktionsniveau von 1990 erreichen wird. Dennoch wird der Erfolg der Demokratisierung und Stabilisierung Jugoslawiens - wie auch ganz Südosteuropas - nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, die katastrophale wirtschaftlich-soziale Lage nachhaltig zu verbessern.

	1990	1991	1992	1993	1997	1998	1999
Total Exp./Imp.	5815 / 7460	4704 / 5548	2539 / 3859	...	2677 / 4826	2858 / 4849	1497 / 3295
(in Mio. Dollar)	Exp./ Imp.	Exp./ Imp.	Exp./ Imp.	1996	Exp./ Imp.	Exp./ Imp.	Exp./ Imp.
1. Deutschland	1111,7 / 1500,1	1111,3 / 1134,4	413,7 / 580,8	...	337,8 / 650,6	332,7 / 603,9	165,1 / 404,8
2. Russland	-	-	-	...	183,1 / 438,4	151,1 / 527,1	77,7 / 274,3
3. Italien	773,1 / 829,8	660,3 / 590,3	303,6 / 370,8	...	317,7 / 488,1	309,9 / 516,9	156,4 / 331,5
4. B&H	-	-	-	...	458,8 / 288,6	614,9 / 251,2	304,1 / 187,8
5. Mazedonien	-	-	-	...	221,6 / 292,1	247,5 / 246,2	176,7 / 122,4
6. Frankreich	201,0 / 293,9	135,4 / 213,8	60,7 / 126,8	...	67,0 / 136,7	103,9 / 191,2	41,1 / 90,3
7. Griechenland	122,9 / 77,0	139,7 / 65,0	104,4 / 138,1	...	121,6 / 181,1	113,6 / 179,5	74,3 / 146,9
8. Österreich	212,0 / 301,9	134,2 / 213,2	68,9 / 164,0	...	44,8 / 158,1	50,9 / 154,8	31,7 / 113,9
9. USA	229,2 / 338,2	206,2 / 230,8	100,6 / 143,2	...	18,5 / 134,3	22,1 / 132,6	5,4 / 73,1
10. Ungarn	106,9 / 248,9	76,8 / 181,0	44,9 / 115,4	...	62,8 / 127,8	55,8 / 116,6	30,8 / 101,8

Quelle: WIW

Die wichtigsten Handelspartner Jugoslawiens

Maria Ivanova, ZEI

Stimmungsumschwung im Kosovo

Die jugoslawischen und die serbischen Wahlen haben das Kräfteverhältnis zwischen Belgrad und Prishtina nachhaltig verschoben - zu Gunsten der serbischen und zu Ungunsten der kosovo-albanischen Sache, mit einer internationalen Gemeinschaft dazwischen, die noch mehr als zuvor unschlüssig zwischen den Fronten lauiert. Noch sind die langfristigen Rückwirkungen der Wahlen auf das Kosovo kaum abzuschätzen. Viel wird vom weiteren Reformprozess in Belgrad und vom Ausmaß der internationalen Unterstützung abhängen. Doch einige Linien sind schon heute erkennbar.

Predrag Simic, inzwischen Berater Präsident *Kostunicas*, hat in zwei Artikeln die Leitlinie der Kosovo-Politik der neuen demokratischen Führung vorgezeichnet. Sie lässt sich auf einen Nenner bringen: Beibehaltung des zentralen Zieles, das auch *Milosevic* verfolgte, nämlich Rückgewinnung des Kosovo, aber dies nun nicht mehr in Konfrontation, sondern friedlich und in enger Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft - wobei es unter der nachwachsenden Politikergeneration in Belgrad durchaus auch manche gibt, die bereit sind, das Kosovo ebenso wie Montenegro als Ballast abzuwerfen, um sich den zentralen Fragen der Zukunft Serbiens widmen zu können. Mehrheitsmeinung ist dies jedoch (noch) nicht.

Dass die neue Führung mit dieser taktischen Wende bisher beachtliche Erfolge erringen konnte, liegt auch an der internationalen Gemeinschaft. Mit dem Abgang *Milosevics* ist eine grundlegende atmosphärische Wende im Verhältnis Brüssels zu Belgrad eingetreten. Gerade in der ersten Phase des „honeymoon“ ist die Bereitschaft zur Unterstützung der neu-

en Führung in Belgrad groß - eine Art emotionale Umkehrreaktion nach Jahren großer Frustration über die eigene Jugoslawien-Politik. Dieser atmosphärischen Wende sind konkrete Maßnahmen der Kooperation auch mit Blick auf das Kosovo gefolgt, wie sie unter *Milosevic* unvorstellbar waren: der von der NATO vermittelte Waffenstillstand im Presevo-Tal und die nachfolgende Stationierung einer Beobachtermission der EU, die positive Würdigung des *Covic*-Planes durch EU und NATO als Grundlage der weiteren Verhandlungen mit der UCPMB, das Einrücken serbischer Einheiten in einen Teil der Sicherheitszone, erstmalige direkte Verhandlungen zwischen UNMIK-Chef *Haekkerup* und Präsident *Kostunica* sowie die Eröffnung eines UNMIK-Büros in Belgrad.

Die ersten Schritte in die Kooperation sind gelungen, und *Haekkerup* bestrebt, Belgrad möglichst eng in seine Kosovo-Politik einzubinden. Unbedingt möchte die UNMIK eine Beteiligung der Kosovo-Serben an den anstehenden Parlamentswahlen erreichen. Die neue Führung in Belgrad ist bereit - anders als *Milosevic* bei den Kommunalwahlen im Oktober 2000 - die Kosovo-Serben zur Wahlbeteiligung zu bewegen, hat dafür jedoch erfolgreich eine Mitsprache bei der Wahlorganisation, also einen weiteren Fuß in der Tür, verlangt. Alle diese Aktivitäten haben drei Konsequenzen: Sie füllen unerwartet jene Passagen der VN-Resolution 1244 mit Leben, die die „Souveränität und territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien“ hervorheben; sie wecken in Belgrad Hoffnungen, doch eines Tages erneut im Kosovo einzuziehen - so unrealistisch das sein mag; und sie werfen bei manchen Beobachtern die Frage auf, ob eine Rückkehr des Kosovo in die BRJ nicht vielleicht doch möglich ist - schließlich gebe es doch jetzt ein demokratisches Serbien.

Der atmosphärische Stimmungsumschwung hat eine weitere Ursache, und damit kommen die Kosovo-Albaner ins Spiel. Im vielfachen Wechsel von Sympathie und Antipathie gegenüber der „albanischen Sache“ haben die Albaner erneut Boden verloren. Neben den jugoslawischen und serbischen Wahlen haben eine Reihe von Gewaltakten dazu

beigetragen, die Perzeption von den unschuldig verfolgten Albanern zu trüben: erst die Kämpfe im Presevo-Tal, dann die Terroranschläge gegen serbische Zivilisten im Kosovo, schließlich die UCK-Angriffe in Mazedonien. Aus Sicht der internationalen Gemeinschaft tragen die Kosovo-Albaner inzwischen maßgeblich zur „Destabilisierung“ des südlichen Balkan bei. Gleichzeitig ist die Post-*Milosevic*-Euphorie zerstorben, die strukturelle Natur der Konflikte wurde erneut offenbar. Das Erschrecken über die erneuten Kriegshandlungen sitzt tief, und die drängender werdende, unzeitgemäße „albanische Frage“ wird dafür verantwortlich gemacht - zumal sich die kosovo-albanischen Führer nur halbherzig und unter erheblichem internationalen Druck von den Aktionen der mazedonischen UCK distanzieren.

Die Kosovo-Albaner sehen sich damit wieder in der Defensive. Wie weit das zu ihren Gewaltaktionen beiträgt, ist schwer zu ermessen. Jedenfalls hat ihre am Horizont bereits absehbare Unabhängigkeit neue Fragezeichen erhalten. Für die Albaner zählt allein das Ziel der neuen serbischen Politik, die Rückgewinnung des Kosovo - und hier sehen sie kaum einen Unterschied zu *Milosevic*. Ohnehin äußerte sich die gesamte serbische Opposition im letzten Jahrzehnt zum Kosovo-Problem, wenn überhaupt, dann noch nationalistischer als *Milosevic* selbst - von *Djindjic* und *Kostunica* erwarten die Albaner nichts Gutes. Die Frustration wächst, und sie äußert sich in zunehmender Gewaltanwendung auch gegen die KFOR.

Durch die Wahlen in der BRJ ist alles im Kosovo eher noch komplizierter geworden. Die internationale Gemeinschaft lauiert zwischen versöhnlichen und restriktiven Gesten an beide Seiten und gerät dabei mehr und mehr zwischen die Fronten. Die Ratlosigkeit wächst, wird doch deutlich, dass die Strategie des Offenhaltens der Statusfrage der regionalen Stabilität auch nicht zuträglich ist. Sie wird nicht umhinkommen, eine „Road Map“ für das Kosovo zu entwickeln: erst baldige Parlamentswahlen, denen die Erarbeitung einer Verfassung vorausgehen muss, dann die Bildung einer frei gewählten Regierung für das Kosovo, dann - ähnlich wie Montenegro - Verhandlungen mit Belgrad unter internationaler Vermittlung. Eine Lösung muss im Konsens gefunden werden - doch Belgrad wird einen Preis für die Politik seit 1912 im Kosovo zahlen müssen.



Mazedonien - das Erfolgsmodell in der Krise ?

Die Kämpfe zwischen den mazedonischen Sicherheitskräften und den bewaffneten Einheiten der sog. nationalen Befreiungsarmee, die absichtlich die Abkürzung UCK wie die Befreiungsarmee des Kosovo trägt, haben Mazedonien in eine Krise verwickelt, welche die Zukunft und sogar die Existenz dieses jungen Staates ernsthaft bedroht hat. Die Krise überraschte die Weltgemeinschaft, die Mazedonien immer wieder als eine Art Erfolgsstory im turbulenten Balkan gepriesen hat. Ein junger Nachfolgestaat Ex-Jugoslawiens, der die Trennung von Belgrad ohne Krieg vollzog, in dem die ethnischen Minderheiten friedlich zusammenleben und die größte von ihnen, die albanische, sogar mit fünf Ministern in der Regierung vertreten ist - das alles gibt ein sehr gutes Erfolgsmodell für die gesamte Region, so schien es.

Wie weit diese Idylle von der Realität entfernt war, zeigten die Gefechte um das Dorf Tanusevci und die zweitgrößte mazedonische Stadt Tetovo. Durch das energische Eingreifen der mazedonischen Armee, gestärkt durch Waffen- und Munitionslieferungen einiger Nachbarstaaten, wie durch die kategorische Stellungnahme zugunsten der territorialen Integrität Mazedoniens seitens der EU und der NATO wurden Ruhe und Ordnung im Westen des Landes wiederhergestellt. Inmitten der Krise wurde das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen Mazedonien und der EU in Luxemburg unterzeichnet, was die europäische Perspektive des Landes und das EU-Engagement in Mazedonien noch sichtbarer machte. Die mazedonische Regierung versprach, einen interethnischen Dialog mit den Albanern zu starten. Die ersten Ergebnisse sollen bereits bis Juni vorliegen. Eine breite Regierungskoalition könnte bald zustande kommen, mit Vertretern der oppositionellen Sozialisten (den Ex-Kommunisten) und der zweiten Partei der Albaner, die sich derzeit auch in der Opposition befindet.

Alles scheint also darauf hinzudeuten, dass sich Mazedonien auf dem Weg in die Normalität befindet. Ob diese Normalität allerdings erreicht wird und was sie beinhaltet - hier ist ein zweiter Blick auf die Realitäten in Mazedonien notwendig. Für manche Experten und Politiker, die weiterhin in der trügerischen alten Idylle verharren wollen, bedeutet Normalität die Rückkehr zum Zustand vor der Krise. Sie versuchen nachzuweisen, die Krise sei ein von außen, nämlich vom Kosovo importierter Versuch, den mazedonischen

Staat zu destabilisieren. Die Terroristen wurden zerschlagen. Nun reiche es, die Grenze zum Kosovo mit mehr KFOR-Soldaten dicht zu machen und die Aktivitäten insbesondere der Kosovo-Albaner, die in der Grauzone am Rande und jenseits des Gesetzes handeln, schärfer zu kontrollieren.

Für diejenigen, die in Skopje de facto alles beim Alten lassen möchten, mag diese Vorgehensweise gut klingen. Denn es gibt in der Tat ausreichend Gründe, von KFOR und UNMIK ein stärkeres Engage-



ment bei der Ausübung ihrer Pflichten zu verlangen. Kosovo, Westmazedonien und Nordalbanien, also die von albanischen Gegen bewohnten Gebiete¹, sind zu einem geschlossenen Areal des Drogen-, Waffen- und Menschenschmuggels der lokalen Mafiagruppen geworden, in dem die Staatsgrenzen kaum mehr eine Rolle spielen.

Dennoch wäre es fehlgeleitet, nur die albanisch-kosovarischen Mafiosi zum Sündenbock zu stempeln, sie für die Krise verantwortlich zu machen und nun zu verfolgen. Während des bevorstehenden interethnischen Dialogs müssen die wirklichen Gründe für die Spannungen zwischen den mazedonischen Slawen und den mazedonischen Albanern identifiziert und beim Namen genannt werden. Einer dieser Gründe ist das Konzept des jungen Nationalstaates selbst, in dessen Verfassung der nationalistische Traum, Mazedonien sei der Staat aller Mazedonier slawischer Herkunft und orthodoxer Religion, zum Ausdruck gebracht wurde. Die Gründungsväter waren zu sehr mit der Schaffung einer nationalen Identität mit eigenen historisch abgeleiteten Symbolen vorwiegend für die slawischen Bürger des neuen Staates beschäftigt. Man war viel zu sehr auf die vermeintliche äußere Bedrohung ausgerichtet (die vier Nachbarn wurden als die vier Wölfe bezeich-

net, die den jungen Staat unter sich aufzuteilen beabsichtigen). Dagegen wurde zu wenig unternommen, was den interethnischen Dialog und die Integration der Minderheiten anbelangt. Die Integration der zweitgrößten Volksgruppe, der Albaner (23 Prozent nach der Volkszählung vom 1994, um die 30 Prozent nach heutigen Schätzungen), schien auf dem Papier gelungen. Außerhalb der politischen Sphäre jedoch gibt es kaum Berührungspunkte zwischen den zwei Ethnien. Sie leben in zwei separaten, parallelen Welten, fast ohne Kontakte, ohne gemeinsame Inter-

essen, ohne gemeinsame Zukunft. Die Arbeitslosigkeit, mit 40 Prozent schon für das ganze Land eine schockierende Größe, überschreitet unter den jungen Albanern die 80-Prozent-Marke. So erklärt sich auch das Fehlen jeglicher Identifizierung der junger Albaner mit dem mazedonischen Staat.

Das Gefühl zu stärken, einem gemeinsamen Staat mit einer gemeinsamen Zukunft in klarer europäischer Perspektive anzugehören, ist die große Aufgabe des bevorstehenden interethnischen Dialoges. Um diese Aufgabe zu meistern, sollte man sich nicht zu sehr auf die äußere Bedrohung fixieren, sondern das interethnische Zusammenleben der mazedonischen Bürger fördern. Erst wenn nicht nur 70 Prozent, sondern wenn 100 Prozent der mazedonischen Bürger stolz darauf sind, im Mazedonien zu leben und diesen Staat als ihr eigenes Gemeinwesen betrachten, wird Mazedonien wirklich konsolidiert sein. Nur auf diese Weise könnte Mazedonien tatsächlich ein Erfolgsmodell für den Balkan werden.

Dr. Emil Mintchev, ZEI

¹ Die Albaner teilen sich in zwei große ethnische Gruppen: die Gegen, die vorwiegend Muslime sind, und die Tosken, die in Südalbanien wohnen.

AUS DER TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

Das Engagement in Bulgarien und Kroatien

Unterstützung auf dem Weg in die Europäische Union – mit diesem Leitziel hat das Zentrum für Europäische Integrationsforschung 1999 Rahmenabkommen mit den Außen- bzw. Europaministerien Bulgariens, Kroatiens, Lettlands, Litauens und der Slowakei abgeschlossen. Das ZEI widmet sich damit bewusst den Ländern, die vor besonderen Herausforderungen im Erweiterungsprozess stehen und deshalb auch besonderer Unterstützung bedürfen. Inzwischen hat die EU-Kommission mit diesen Ländern (*Helsinki-Gruppe*) Verhandlungen aufgenommen. Eine Ausnahme bildet Kroatien, das kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen um ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen steht.

Praktisch umgesetzt wird die Kooperation in engem Dialog mit einem *Senior Fellow*, vom jeweiligen Ministerium benannt. Diese *Fellows* entstammen entweder selbst dem Ministerium oder einem regierungsnahen Forschungsinstitut. Im November dieses Jahres werden alle *Fellows* auf einem *Europa-Kolloquium* des ZEI referieren, um dann auch die Planungen für die weitere Zusammenarbeit zu planen.

Im Rahmen seiner Möglichkeiten bietet das ZEI den Ländern konkrete Unterstützung bei der Annäherung an die Union. Die gemeinsamen Aktivitäten summieren sich über die Zeitachse zu einer beachtlichen Unterstützungsleistung.

Das *Parliament's Forum on EU Accession*, das einmal im Jahr am ZEI stattfindet, soll die Parlamente aller Kandidatenländer, die letztlich den Beitritt ratifizieren, über die Verhandlungen auf dem Laufenden halten. Eingeladen sind die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse mit Zuständigkeit für die Erweiterung. Die Vertraulichkeit des Forums sichert ein Maximum an Offenheit. Der erste Tag konzentriert sich auf den aktuellen Stand der Beitrittsverhandlungen, der zweite auf ein Schwerpunktthema (im letzten Jahr Struktur- und Regio-

nalpolitik, im Jahr davor Telekommunikation). Referenten waren unter anderem *Nikolaus van der Pas*, Leiter der Task Force Erweiterung der Kommission, und sein Nachfolger, *Eneko Landaburu*, Generaldirektor Erweiterung, daneben hochrangige Politiker aus dem Land der EU-Präsidentschaft und aus Berlin. Das 3. Parliament's Forum wird am 22./23. November stattfinden, mit dem Schwerpunktthema Öffentlichkeitsarbeit.

Vom 10. bis 15. September wird zum zweiten Mal der *Stability Pact Summer Course* für junge Diplomaten aus ganz Südosteuropa in Dubrovnik stattfinden. Der Kurs, gemeinsam mit der Diplomatenakademie des Außenministerium der Republik Kroatien organisiert und vom Auswärtigen Amt mitfinanziert, soll Nachwuchskräfte aus der Region mit zentralen Fragen der europäischen Integration und des Stabilitätspaktes vertraut machen und zugleich ein Netzwerk von Kontakten unter den Diplomaten aufbauen helfen. In diesem Jahr wird der Schwerpunkt auf dem dritten Arbeitstisch des Stabilitätspaktes (Fragen der inneren und äußeren Sicherheit) liegen. Referenten kommen vom ZEI wie aus der EU-Kommission und der Bundesregierung.

Derzeit entstehen Sammelbände, die sich mit dem Stand der Reformen in jedem der fünf Partnerländer beschäftigen. Die Bücher werden gegen Jahresende im Nomos-Verlag erscheinen. Herausgeber sind die *Senior Fellows* aus den einzelnen Ländern – für Bulgarien Außenminister a.D. *Stanislav Daskalov* (zusammen mit *Dr. Emil Mintchev*), für Kroatien der Direktor des IMO *Dr. Mladen Stanicic*. Hinzu kommen zahlreiche *Discussion Paper* von Autoren aus der Region, die fortlaufend veröffentlicht werden.

Gemeinsame Konferenzen bilden ein weiteres Element der Kooperation. Dazu gehört die einmal im Jahr in Sofia stattfindende Konferenz des Europainstitutes, die vom

ZEI unterstützt wird, ebenso wie Konferenzen im Rahmen des *Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa* (im Januar 2000 die Auftaktkonferenz in Sofia, mit Vize-Außenminister *Kissiov* und Vize-Bildungsminister *Toschew*; im November 2000 das Treffen der ersten Arbeitsgruppen in Zagreb, mit Vize-Europaministerin *Dr. Samardzija*).

Das ZEI setzt alle am Institut bestehenden Ressourcen für die Kooperation mit den Partnern ein: das einjährige, interdisziplinäre *European Masters Program*, das junge Nachwuchsleute auch aus Südosteuropa ausbildet, die anschließend vielfach in den Ministerien wichtige Funktionen übernehmen (das kroatische Europaministerium finanziert regelmäßig den Aufenthalt von zwei Mitarbeitern, als strategische Personalplanung zur Stärkung der eigenen Europaexpertise); das vierteljährliche *Europaforum*, wo bereits etwa die bulgarische Außenministerin *Mihailova* und der kroatische Europaminister *Jacovic* referierten; den *Europadialog*, zuletzt mit einem Vortrag des mazedonischen Botschaftsrats *Kahil* über die aktuelle Lage; Möglichkeiten zum Aufenthalt von Mitarbeitern der Administrationen und von Wissenschaftlern zu Forschungs- und Vortragszwecken am ZEI.

Für die Zukunft ist eine weitere Ausweitung der Aktivitäten geplant. Mit Zagreb ist die Einrichtung eines virtuellen Studienganges über europäische Integrationsfragen in Vorbereitung, ebenso der Aufbau einer einjährigen Lehrerausbildung für Europafragen an der Universität Zagreb. In Bulgarien ist das ZEI maßgeblich an der Errichtung eines regionalen Europazentrums in Rousse-Giurgiu beteiligt. Mit der neuen jugoslawischen, der serbischen wie der montenegrinischen Führung bestehen inzwischen gute Arbeitskontakte, ebenso mit allen anderen Regierungen der Region.

Nächste Ausgabe: Zwei Jahre Stabilitätspakt



IMPRESSUM:

Herausgeber: Task Force Südosteuropa am ZEI

Koordinator: Dr. Rafael Biermann

Mitarbeiter: Dr. Emil Mintchev

Maria Ivanova

ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG
CENTER FOR EUROPEAN INTEGRATION STUDIES
RHEINISCHE FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN

ZEI
Walter-Flex-Str. 3
D-53113 Bonn
Fax: 0228 / 731894
e-mail:
soe.monitor@uni-bonn.de